



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 8./9. November 2022

Die Traktandenliste der November-Session war ungewohnt kurz, was bedeutete, dass die Präsidentin den dritten und letzten Sessionstag kurzerhand streichen konnte bzw. musste. Auch inhaltlich schien es eher eine der ruhigeren Sessionen meiner bisherigen Kantonsratskarriere zu werden. Ich machte die Rechnung aber ohne die in einem Jahr stattfindenden National- und Ständeratswahlen und einzelnen «Protagonisten», die sich hierfür so langsam in Position bringen wollen. Gewisse Vorlagen und Anträge und auch der rauhere Ton im Umgang miteinander sind Anzeichen dafür.

Ein Auftrag der SVP forderte, dass der Kilometer-Preis beim **Abzug der Berufskosten** von aktuell 70 Rappen erhöht werden soll – aufgrund des gestiegenen Benzinpreises. Das «Problem» war, dass sich dieser seit der Eingabe vom Auftrag wieder um rund 15% gesenkt hat. Zudem hat der Regierungsrat ausführlich aufzeigen können, dass der Benzinpreis auf die gesamten Fahrtkosten gerechnet nur einen sehr kleinen Anteil ausmacht und die heutigen 70 Rappen bei genauer Berechnung eher zu hoch als zu tief sind. Der Antrag wurde dann auch deutlich abgelehnt.

Emotional wurde es beim Auftrag **«Teilnahme am Parlamentsbetrieb während dem Mutterschaftsurlaub»**. Bei solchen Themen treffen linke und rechte Weltbilder besonders stark aufeinander. «Der Fünfer und das Weggli» geht nun mal nicht – das war zumindest bis hierher auch meine Meinung; irgendwo sind Abstriche und Kompromisse halt unumgänglich. Eine junge Kantonsrätin belehrte uns dann aber eines Besseren. Für sie war klar: Beides muss her. Das Anliegen wurde schliesslich nach Bern überwiesen, weil dies auf Bundesebene gelöst werden muss.

Dass der Regierungsrat und eine Mehrheit des Parlaments **die Fusionen von Gemeinden** stärker unterstützen möchten, wäre aufgrund der Relevanz für die Bevölkerung höchstens eine Randnotiz wert, wäre da nicht die FDP, die uns alle – und vielleicht sogar sich selber – überrascht hat. Denn ausgerechnet sie, die Partei mit den meisten Gemeindepräsidenten im Kanton, hat mit ihrem Abstimmungsverhalten eine Volksabstimmung provoziert. Da nützte selbst ein Rückkommensantrag und eine zweite Schlussabstimmung nichts. Am Schluss ging es um eine einzige Stimme, die dafür sorgte, dass das nötige Zwei-Drittels-Mehr nicht erreicht wurde. So werden deshalb nun die Solothurner Stimmbürger über ein Thema befinden müssen, das sie wohl kaum gross interessieren dürfte; und natürlich dürfen sie die Kosten für die Abstimmung mittragen. Als ehemaliger Gemeindepräsident einer Gemeinde, die erfolgreich fusioniert wurde, und als einer, der wesentlich an der Ausarbeitung des neuen Gesetzes mitgewirkt hat, musste ich einmal mehr zur Kenntnis nehmen, dass viel zu oft Politik für die Galerie, statt für die Sache betrieben wird.

Ansonsten ging es – wenig überraschend – um diverse Energie-Vorstösse. Dabei wird oft gegenseitig die Schuld für die aktuelle Lage zugeschrieben. Immerhin hat die Situation den Vorteil, dass man sich viel intensiver mit einer möglichen Reduktion von nicht zwingendem Stromverbrauch auseinandersetzt. So sollen die **Lichtquellen im öffentlichen Raum reduziert** und die **Eigenstromerzeugung bei Neubauten** gefördert werden. Ergänzend wurde der Regierungsrat beauftragt, weitere Massnahmen zur Vermeidung und Bewältigung einer allfälligen Strommangellage zu erarbeiten und umzusetzen. Diese Aufträge wurden mit grossem Mehr (ohne die SVP) angenommen.

Enger wurde es beim Auftrag, welcher eine **kantonale Ausbildungsoffensive im Pflegebereich** forderte. Dort ist die Situation mit Pflegepersonal teils akut und es braucht darum möglichst rasche Lösungen. SVP, FDP und die GLP sahen dies anders und lehnten den Vorstoss ab. Es zeigte sich aber einmal mehr, dass wir von der Fraktion «Die Mitte-EVP» oftmals ausschlaggebend sind. In diesem Fall haben wir mit der SP und den Grünen gestimmt und den Auftrag überwiesen.

Die nächste Session findet am 13./14./21. Dezember 2022 statt.

Persönlich

Beim Geschäft **«Gemeindefusionen»** war ich Kommissionssprecher.

Neu eingereicht habe ich eine Interpellation zum Thema **«Menschenhandel und Arbeitsausbeutung»**. Das Thema war in den letzten Tagen und Wochen wieder vermehrt in der Presse. Hierzu möchte ich vom Regierungsrat Antworten zur Situation im Kanton Solothurn.

Am Mittwoch-Nachmittag fand der alljährliche **Jugendpolitik-Tag** statt, an welchem ich wiederum teilgenommen habe.